

# Sicherheit neu denken - von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis 2040

von

Christoph Schneider-Harpprecht

Sehr geehrte Damen und Herren,

## 1. Einleitung

die militärische Sicherheitspolitik steckt in einer Sackgasse. Die Phase der Entspannung nach dem Fall der Berliner Mauer, der Öffnung der Staaten des Ostblocks und der Auflösung der Sowjetunion ist zu Ende. Eine neue Phase militärischer Hochrüstung hat begonnen. Die NATO-Staaten stehen unter dem Druck, ihr Militärbudget auf 2% des Bruttosozialprodukts zu erhöhen. Die USA und Russland modernisieren und verstärken ihre Atomwaffenarsenale. Mit anderen NATO-Partnern ist Deutschland seit Jahren in militärische Auslandseinsätze verwickelt. Der Einsatz in Afghanistan dauert seit 2001 nun 17 Jahre an, hat zahlreiche Menschenleben gekostet und nicht dazu geführt, dass sich die Lage in dem Land normalisiert hat. Der Krieg in Syrien geht weiter und zwingt Millionen Menschen zur Flucht mit entsprechenden politischen Spannungen in den Ländern Europas und einem Erstarken rechter Bewegungen. Kriegerische Auseinandersetzungen wie der Einmarsch der Türkei in Syrien, um die mit den USA im Kampf gegen den sog. Islamischen Staat verbündete und mit deutschen Waffen ausgerüstete Kurdenmiliz YPG zu stoppen beim Aufbau eines Kurdenstaates, führen zu Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen mitten in Deutschland. In Syrien droht eine direkte Konfrontation der Großmächte. Die Rüstungsproduktion und der Waffenhandel haben weltweit zugenommen. Die deutsche Industrie nimmt mit Genehmigung der Bundesregierung an Waffenexportgeschäften auch in Kriegs-, Krisen- und Konfliktgebiete teil. Deutschland zählt zu den größten Waffenproduzenten und -exporteuren der Welt. Die Liste ließe sich verlängern. Ein Ende der Spirale von Rüstung, regionalen Kriegen, Bürgerkriegen und Konflikten, einer wachsenden Gefahr militärischer Auseinandersetzungen der Großmächte ist nicht in Sicht. Die UNO und der UNO-Sicherheitsrat als Instrumente einer politisch legitimierten Steuerung von Peacekeeping auch durch Militäreinsätze werden zunehmend ausgehebelt, weil sie durch die Veto-Mächte blockiert wird. Die gegenwärtige Situation zeigt, dass die militärische Friedenssicherung nicht zielführend wirkt und immer wieder dazu beiträgt, kriegerische Auseinandersetzungen und Gewalt fortzusetzen.

In dieser Lage legt eine Arbeitsgruppe der Evangelischen Landeskirche in Baden ein alternatives Konzept der Friedenssicherung durch eine zivile Sicherheitspolitik vor. Die Arbeitsgruppe hat den Beschluss der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden vom Frühjahr 2013 zur Friedensethik aufgegriffen. Dort heißt es: „Gleich dem nationalen Ausstiegsgesetz aus der nuklearen Energiegewinnung, gilt es - möglicherweise in Abstimmung mit anderen EU-Mitgliedsstaaten - ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen“.<sup>1</sup>

Ein solches Szenario zu entwickeln ist mutig, riskant und zugleich grundvernünftig. Es ist mutig, weil es der herrschenden Sicherheitslogik ein grundsätzlich neues Denken entgegensetzt. „Es scheint weiterhin die Überzeugung vorhanden zu sein, dass Gewalt „das Böse“ und damit die Bedrohung beseitigen kann. Dieses Denken ist Grundbestandteil der sogenannten Sicherheitslogik. Sie führt aber weder zur Sicherheit noch zum Frieden“<sup>2</sup> Allerdings bestimmt die Sicherheitslogik das Denken sehr vieler Menschen und auch den politischen Diskurs. Sich nicht nach dieser Logik auszurichten schafft Verunsicherung und kann die Angst hervorrufen, ohne militärische Sicherung schutzlos zu werden und sich der Gewalt von Aggressoren auszuliefern. Wer sich von der Sicherheitslogik nicht mehr bestimmen lässt, macht im Grunde eine Kehrtwendung in seinem Denken. Eine solche Person denkt und handelt gegen den Mainstream, schwimmt gegen den Strom. Das ist mutig. Es knüpft an die zentrale Botschaft Jesu vom Frieden und Gewaltverzicht an. „Selig sind die Friedensstifter, denn sie werden Gottes Kinder heißen“ (Mt. 5, 8). Feindesliebe, die sich artikuliert als aktive Gewaltlosigkeit, als Widerstand gegen gewalttätige Machtausübung, als die Macht der Schwachen, in denen Gottes Geist mächtig ist, das ist die von Jesus ausgehende Alternative. Jesu Friedensbotschaft ist der Kern des ökumenischen Leitbildes der „Kirche des gerechten Friedens“.

<sup>1</sup> Evangelische Landeskirche in Baden, Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens, S. 11

<sup>2</sup> Sicherheit neu denken (Kurzfassung), S. 4

Nach dem Vorbild des Gewaltverzichts Jesu und im Vertrauen das Wirken des Geistes Gottes, der Frieden und Versöhnung schafft, haben sich die im ökumenischen Rat der Kirchen zusammengeschlossenen Kirchen weltweit auf einen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens begeben, der Frieden durch Gewaltverzicht und einen gerechten Ausgleich der Lebensverhältnisse zwischen armen und reichen Ländern, den Zugang zu Ressourcen und den nachhaltigen Umgang mit ihnen, faire Bedingungen des Welthandels und die Einhaltung der Menschenrechte miteinander verbindet. Ohne Gerechtigkeit kein wirklicher Frieden!

Als Alternative zur Sicherheitslogik präsentiert die Studie einen friedenslogischen Ansatz, den Hanne Margret Birckenbach so beschreibt: „Frieden zu schaffen und das heißt Beziehungen zu ermöglichen, in der(? denen) Gewalt unmöglich wird, weil Kooperation gelingt“.<sup>3</sup>

Wer so denkt und damit rechnet, dass gewaltfreie Kooperation in der Lage ist, Frieden, gesellschaftliche und politische Stabilität besser zu gewährleisten als der Einsatz von militärischer Gewalt, scheint auszugreifen ins Land der Utopie. Das ist riskant und schnell begegnet einem der Einwand, man sei ein weltfremder Träumer. Die Kirchen sollten die Finger von der Politik lassen und bei ihrem Leisten bleiben. Dieses Denken scheint grundlegende anthropologische Prämissen auch der christlichen Tradition in Frage zu stellen. „Das Dichten und Trachten des menschlichen Herzens ist böse von Jugend auf“ (Gen. 8,21). Um dem zu steuern wurde die Anwendung von Gewalt durch den Staat, eben auch militärischer Gewalt als legitimes Mittel angesehen. Militärische Gewalt sollte zumindest als ultima ratio der staatlichen Notwehr unter bestimmten Bedingungen anerkannt werden. Der friedenslogische Ansatz tritt nun dafür ein, zu sagen: gewaltfreie Kooperation ist das wirksamere Mittel der Politik, um die Aufgabe des Staates, dem Bösen zu steuern, wahrzunehmen. Was utopisch klingt, ist die bessere und sinnvollere politische Alternative. Die Friedenslogik hat eine lange Ahnenreihe. Ich erwähne hier nur den christlichen Humanisten Erasmus von Rotterdam, Immanuel Kant, Martin Luther King und auch Papst Franziskus.

Zivile Sicherheitspolitik ist denkbar, planbar und umsetzbar. Vergleichbar ist die Umsetzung dieser Utopie in politische Münze der Forderung nach der Abschaffung der Sklaverei im 18. und 19. Jahrhundert. Sie erschien zunächst aussichtslos utopisch, im Widerspruch zu auch biblisch begründeten Traditionen, zum gesunden Menschenverstand und den wirtschaftlichen Interessen. Die Sklaverei konnte weitgehend abgeschafft werden. Im Blick darauf lohnt es sich, das Risiko einzugehen, auch wenn es massiven politischen Widerstand und erhebliche Anfeindungen bedeuten kann. Noch naheliegender ist die Energiewende, die Abkehr vom Verbrauch fossiler Energie hin zur erneuerbaren, die sich derzeit vollzieht und die vor Jahren noch kaum denkbar schien.

Es ist mutig, riskant, vor allem aber vernünftig, dem Ansatz der Friedenslogik zu folgen, denn der Preis von Kriegen und militärischen Interventionen ist einfach zu hoch. Niemand kann letztlich die zahlreichen zivilen Opfer, die Menschenleben der gefallenen Soldaten, die Traumatisierung der Zivilbevölkerung, das Leid durch massenhafte Flucht und Vertreibung, die Zerstörung der Grundlagen der Wirtschaft und Infrastruktur von Gesellschaften vor der Vernunft und seinem Gewissen verantworten.

Darum macht es Sinn, eine Politik der zivilen Friedenssicherung zu konzipieren und die Schritte des Prozesses einer Umstellung von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik ins Auge zu fassen. Dies tut das Szenario „Sicherheit neu denken“. Der Arbeitsgruppe darf ich an dieser Stelle im Namen der Badischen Landeskirche ganz herzlich danken für die enorme Arbeit, die sie geleistet haben. Der Gruppe gehörten an:

Ralf Becker, Stefan Brües, Aline Jung, Christof Grosse, Lukas Gutjahr, Michael Held, Christian Keller, Stefan Maaß, Theodor Ziegler und auch ich selbst habe teilweise mitgearbeitet. Ihnen allen ein herzliches Dankeschön. Es war ein schwerer Schlag für uns, dass Michael Held, Vertreter des ökumenischen Netzes Deutschland, der rastlos in Sachen Friedensarbeit unterwegs war, plötzlich verstorben ist. Dankbar erinnern wir uns an seine kompetenten Beiträge und sein freundliches Wesen. Er fehlt uns.

## 2. Grundelemente des Szenarios

---

<sup>3</sup> Ebd. S. 4

Was sind nun die Grundelemente des Szenarios. Zunächst zur Szenariotechnik. Sie wird eingesetzt, „wenn es um die Lösung von Zukunftsproblemen und globale Weltmodelle oder um langfristige Entwicklungsprognosen geht.“<sup>4</sup> „Bei der Szenariotechnik werden für eine Organisation, ein Arbeitsfeld o.Ä. Zukunftsbilder (Szenarien) entwickelt, aus denen dann Konsequenzen für das Handeln in der Gegenwart abgeleitet werden.“<sup>5</sup> Die Szenariotechnik arbeitet mit unterschiedlichen Szenarien, die auch positive und negative Extreme abbilden. Je nach Entwicklung kann dann der Verlauf nachgesteuert werden. Sie „eignet sich daher besonders gut für grundsätzliche strategische Überlegungen in komplexen Situationen, in denen Zukunftsprognosen mit großen Unsicherheiten behaftet sind. Zudem schaffen sie Freiraum, eingespurte Denkwege zu verlassen“.

Vorgelegt wurden von der Arbeitsgruppe ein Positivszenario „Nachhaltige zivile Sicherheit“, ein Trendszenario „Schleichende Militarisierung“ und ein Negativszenario „Nahe am Abgrund“. Die Szenarien haben die Absicht, „die Möglichkeiten gewaltfreier Selbstbehauptung einer demokratischen und an den Menschenrechten orientierten Gesellschaft“ aufzuzeigen und „Wege eines mittelfristigen Umstiegs von der militärischen zu einer gewaltfreien Friedenssicherung“ zu entwerfen.<sup>6</sup> Die Szenarien basieren auf einem „Ist-Stand“ an Daten und Fakten, die fast sämtlich dem vierten Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ entnommen sind. Das Positivszenario greift zahlreiche Vorarbeiten von Autorinnen und Autoren aus verschiedenen Organisationen der Friedensarbeit auf, darunter der Bund für soziale Verteidigung, Pax Christi, Church & Peace, das Deutsche Mennonitische Friedenskomitee, die Kommission Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr an der Universität Hamburg, die Bundeszentrale für politische Bildung, die Münchner Sicherheitskonferenz, die FEST in Heidelberg.

Die Szenarien beschreiben Trends, bündeln Handlungsalternativen, analysieren Konsequenzen. Das Positivszenario entwickelt eine Strategie mit grundlegenden Umsetzungsschritten zur Erreichung des Ziels der politischen Umsetzung einer zivilen Sicherheitspolitik in Deutschland im Jahr 2040.

Im Rahmen des Positivszenarios geht es um eine „konsequente Umsetzung der auf UN-Ebene vereinbarten Ziele weltweiter nachhaltiger Entwicklung bis zum Jahr 2030. Dieses Szenario führt dazu, finanzielle Mittel bis zum Jahr 2040 konsequent von militärischer Sicherheitspolitik hin zu ziviler Konfliktprävention und -beratung umzulenken. Deutschland agiert dann mit anderen Staaten als ziviler Akteur innerhalb von EU, OSZE, UNO und NATO und fördert auf diese Weise europa- und weltweit eine bewusste Lernkultur für gewaltfreie Konfliktbearbeitung, die international eine entmilitarisierte Konfliktbearbeitung durch UNO-Polizeikräfte, die Ächtung und Abschaffung von Krieg und Militär sowie die Förderung von gewaltfreier Konfliktkultur einleitet“.<sup>7</sup>

„Das grundlegende globale Leitbild dieses Szenarios ist folgendes:

Die (reformierte) UNO ist die zentrale Instanz, die das friedliche Zusammenleben der Völker und Nationalstaaten regelt. Sie ist organisatorisch ein Dachverband kontinentaler Organisationen (OSZE, OAS, AU, ASEAN etc.) mit jeweils eigenen Sicherheitsräten und Polizeikräften. Auf der ganzen Welt werden Konflikte wesentlich über gewaltfreie Mechanismen (Prävention, Frühwarn- und Frühreaktions-Systeme) bearbeitet, die in allen Kulturen auf dieser Erde vorhanden sind. Sie führen zu Anerkennung, Ausgleich und fairen Ergebnissen, welche die Ursachen gewaltsamer Konflikteskalation überwinden. Sollten diese Mechanismen nach Beschluss der Kontinental-Sicherheitsräte nicht greifen, werden UN-Polizei und Peacekeepingkräfte eingesetzt. Deren Missionen sind den Menschenrechten und dem Schutz von Menschenleben verpflichtet und deren Mitarbeiter\*innen sind in ziviler unbewaffneter Friedenssicherung und anderen Instrumenten und Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung ausgebildet. Da die UNO bzw. die Kontinentalorganisationen strukturell und finanziell in die Lage gesetzt werden, den Schutz der Menschen aller Nationalstaaten zu gewährleisten, fallen Gründe für die Aufrechterhaltung nationaler Armeen fort. Die Ächtung von Kriegen erhält eine praktische Umsetzung. Aufgrund der Bedeutung des globalen Welthandels werden die Institutionen und Regelungsmechanismen der WTO in den Dienst einer Organisation der Weltwirtschaft nach gleichen sozialen und ökologischen Standards gestellt. Das beschriebene Leitbild ist eine konsequente

---

<sup>4</sup> Ebd. S. 5

<sup>5</sup> Andreas Obenauer

<sup>6</sup> Szenario Sicherheit neu denken, S. 5

<sup>7</sup> Ebd. S. 6

Weiterentwicklung der Development Goals (SDGs) der 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030.“<sup>8</sup>

Das Positivszenario vertritt das Konzept, dass Deutschland durch ein konsequentes Umsteuern auf eine zivile Sicherheitspolitik und die Investition in eine widerstandsfähige Demokratie durch die Umschichtung von ca. 40 Mrd. Euro an militärischen Ausgaben im Haushalt, den heutigen Ausgaben für die Bundeswehr, zugunsten von nachhaltiger Entwicklung und zivilen Verteidigungsausgaben zusammen mit anderen Ländern in Europa (Schweden, Österreich, Niederlande) wesentlich und nachhaltig zu einer Etablierung einer zivilen Sicherheitspolitik in der EU und weltweit beitragen kann. Deutschland wird hier aufgrund seiner Erfahrungen in der Geschichte zweier Weltkriege und der besonderen Verantwortung, die damit verbunden ist, die Rolle eines Change Agent zuerkannt. Es geht jedoch nicht darum, dass die Deutschen als Lehrmeister auftreten, die einen moralischen Idealismus vertreten. Das Kapitel „Analyse“ zeichnet z. T. anhand der vom Weißbuch 2016 für die Zukunft der Bundeswehr aufgelisteten Herausforderungen ein realistisches Bild der Aporien militärischer Sicherheitspolitik. Die dort betonte Notwendigkeit und Priorität nichtmilitärischer politischer Prozesse zur Gewährleistung unserer Sicherheit wird in dem Szenario nun exklusiv in den Mittelpunkt gestellt. Das Ziel deutscher Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040 ist der Übergang zur zivilen Verteidigung.

Welche Schritte sieht das Szenario dafür vor?

Ein erster Meilenstein ist 2025 ein Beschluss des deutschen Bundestags zum Umstieg zu einer zivilen Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040.

Diese Politik beruht auf 5 Säulen: 1. Gerechte Außenbeziehungen, 2. Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten, 3. Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur durch Deutschland als Mitglied der EU, OSZE, NATO und UNO, 4. Resiliente (widerstandsfähige) Demokratie und 5. Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie.

Die 5 Säulen der Sicherheitspolitik werden näher erläutert:

1. Gerechte Außenbeziehungen zu den EU-Anrainerstaaten leisten einen präventiven Beitrag zur Sicherheit. Es geht konkret um eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz, vertraglich abgesicherte faire Handelsbedingungen und weltweite Regelungen für die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards im Rohstoffsektor, die Einhaltung der Klimaziele, einen Lebens- und Wirtschaftsstil, der nur noch den Anteil von Ressourcen in Anspruch nimmt, der der Größe der Bevölkerung entspricht. Deutschland trägt mit 4 Mrd. zum UN-Welternährungsprogramm, 6 Mrd. zum UN-Fonds für nachhaltige Entwicklung und 6 Mrd. zum weltweiten Klimaschutz bei.
2. Die nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten wird vor allem durch den Ausbau von Transformationspartnerschaften mit den Staaten Afrikas und durch ein Wirtschaftsabkommen mit der 2014 gegründeten Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU), die Russland, Weißrussland, Armenien, Kirgisien und Kasachstan umfasst. Es geht darum, in Kooperation mit Schweden, Österreich, den Niederlanden und anderen Partnern einen Gürtel von stabilen afrikanischen Nachbarstaaten zu fördern. Eine wichtige Rolle spielen dabei Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere hohe Investitionen im Bereich Solarenergie. Die Bildung einer stabilen Wirtschaftszone der EU und Russlands liegt im Interesse aller Länder und zielt darauf, durch klar geregelte Handelsbeziehungen eine Grundlage für die Beendigung des politischen und militärischen Kräftemessens zu schaffen und Vertrauen zu bilden, um bis 2030 eine tragfähige Sicherheitspartnerschaft mit Russland zu vereinbaren.
3. Teilhabe an einer internationalen Sicherheitsarchitektur: Deutschland bleibt Mitglied der NATO, leistet jedoch ab 2040 zusammen mit den Niederlanden einen rein zivilen Beitrag. Die NATO-Partner akzeptieren dies nach anfänglichem Widerstand aufgrund des zunehmenden Vertrauens in die Sicherheitspartnerschaft mit Russland und den Erfolg der zivilen Friedensfachkräfte. Sicherheit wird stets im europäischen Maßstab als gemeinsame Sicherheit und Berücksichtigung der Interessen aller Teilnehmerländer gedacht und konzipiert. Die OSZE wird unter dem Dach der UNO bis 2040 zur zentralen Organisation entwickelt, die sämtliche Konflikte mit polizeilichen und zivilen Mitteln bearbeitet.

---

<sup>8</sup> Ebd. S. 6

Deutschland investiert jährlich 6 Mrd. Euro in den Aufbau einer UNO-Polizei. Es trägt mit 5000 Polizisten und 50.000 ausgebildeten zivilen Friedenskräften zu internationalen Friedensmissionen bei. Durch die massive Investition in die Ausbildung ziviler Friedenskräfte nach 2025 schafft Deutschland die Voraussetzungen, ab 2030 innerhalb der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Art. 42 EU-Vertrag) einen rein zivilen Beitrag zu leisten. Der UNO-Sicherheitsrat besteht aus Vertretern kontinentaler Sicherheitsräte und steuert Friedensmissionen und Polizeieinsätze über diese kontinentalen Räte, in Europa durch die OSZE mit ihren 57 Mitgliedstaaten.

4. Der Begriff resiliente Demokratie bezeichnet ein Bündel Handlungsweisen: politische Bildung zur Stärkung des Bewusstseins vom Wert einer freiheitlichen Demokratie auf der Basis des Grundgesetzes, die Stärkung einer unabhängigen Zivilgesellschaft, die Förderung von zivilgesellschaftlicher Integration und Vorbeugung von Radikalismus, Extremismus und Terrorismus. Die Stärkung der Polizei und die strukturelle Planung zur Vorbereitung des zivilen Widerstands. Zum Aufbau einer resilienten, d.h. widerstandsfähigen Demokratie wird in Deutschland, Österreich, Schweden und den Niederlanden eine zivile Konfliktkultur aufgebaut. Dazu gehören die flächendeckende Ausbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in konstruktiver Konfliktverarbeitung und reflexivem Konfliktverständnis. Durch verstärkte Sozialarbeit, flächendeckende Mediationszentren wird für Prävention gesorgt und die zivile Konfliktbearbeitung professionalisiert. Auch durch strukturelle Planung und Vorbereitung von zivilem Widerstand wird die Resilienz des Staats und der Zivilgesellschaft gegen Einschränkungen der Freiheitsrechte gewährleistet. Polizei und Justiz werden finanziell und personell so ausgestattet, dass sie terroristische Anschläge effektiv verhindern und aufarbeiten können.
5. Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie: Insbesondere wissenschaftliche Studien wie die von Chenoweth und Stephan (2011) entzaubern den Mythos von der Wirksamkeit der Gewalt. Sie zeigen: 1. Sozialer Widerstand ist doppelt so wirksam wie bewaffnete Interventionen; 2. Das Potential militärischer Interventionen wird chronisch überschätzt (Gromes und Dembinski 2013); 3. Kriege sind stets von Wunschdenken und Machtphantasien geleitet (Kolko 1999). Die Konversion der Bundeswehr soll konkret durch Überführung in einen zivilen Teil des Technischen Hilfswerks, Überführung in den nationalen und internationalen Polizeidienst, Verstärkung von Konfliktanalyse und Early-Warning-Abteilungen des Auswärtigen Amtes und Überführung des Sanitätsdienstes in das Rote Kreuz bzw. die verschiedenen Sanitätsdienste. Zentrale Argumente dafür sind: 1. Das Fehlen klar erfüllbarer Aufträge für Auslandseinsätze; 2. Robuste Militäreinsätze sind nur bei Bruch des Völkerrechts wirksam; 3. Bundeswehreinätze zur Terrorismusbekämpfung sind sinnlos; 4. Gewaltsam von außen herbeigeführte Regimewechsel funktionieren nicht; 5. Militärische Friedenssicherung ist unvernünftig und unwirtschaftlich; 6. Militärische Mittel neigen zur Eskalation von Konflikten; 7. Höhere Sicherheit durch zivile Konfliktprävention- und Bearbeitung.

Mit dem für 2025 ins Auge gefassten Bundestagsbeschluss werden die hier umrissenen Elemente der zivilen Sicherheitspolitik Schritt für Schritt in die Wege geleitet. Diese Elemente werden im Rahmen des Positivszenarios ausführlicher beschrieben.

Das Positivszenario wagt es, im Sinne einer konkreten Projektion auch die Schritte zur Umsetzung zu benennen. Dabei handelt es sich um Versuche realistischer Zukunftsprojektionen:

- 2017 Verteidigungsministerin von der Leyen wirbt für zivile Sicherheitspolitik.
- 2018 Die Evangelische Kirche in Baden bringt das Szenario in die öffentliche Debatte.
- 2019 EKD fordert Studie zu einer nachhaltigen Sicherheitspolitik Deutschlands.
- 2020 Gründung der zivilgesellschaftlichen Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik.
- 2021 Beendigung staatlicher Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern.
- 2022 Vergabe einer Studie zur nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik.
- 2023 Papst-Enzyklika „fructus iustitiae pax erit - Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein (Jes. 32,17).
- 2024 Studie der Bundesregierung empfiehlt die Umsetzung des Kampagnen-Szenarios.
- 2025 Bundestagsbeschluss zum Umstieg Deutschlands zu einer zivilen Sicherheitspolitik.
- 2026 Verhandlungen zwischen der EU und Russland zur Bildung einer Wirtschaftszone.
- 2027 Das Internationale technische Hilfswerk übernimmt erste Ausrüstungen der Bundeswehr.
- 2028 Beginn von Verhandlungen über die Sicherheitspartnerschaft mit Russland.

2029 Gewaltfreier Umgang mit Konflikten und Resiliente Demokratie verbindlich in den Bildungsplänen für alle Schulen verankert.  
2030 Wirtschafts- und Sicherheitsabkommen mit Russland/der EAWU  
2032 Eröffnung des OSZE\_Zentrums „Zivile Krisenprävention und -intervention in Stockholm und des UN-Zentrums für sozialen Widerstand in Bonn.  
2035 Bundestags-Beschluss zur vollständigen Konversion der Bundeswehr im Jahr 2040.  
2037 Die NATO akzeptiert rein zivilen Beitrag Deutschlands zur Friedenssicherung.  
2040 Vollständige Konversion der Bundeswehr.

Die einzelnen Etappen auf dem Weg bis 2040 werden im Text des Szenarios ausführlich erläutert, begründet, immer mit dem Ziel, realistische Perspektiven zu entwickeln.

Die Konzentration auf die zivile Konfliktbearbeitung als Leitperspektive wird als Konsequenz der historischen Entwicklung der europäischen Staaten seit 1945 dargestellt, die sich in den 2015 vereinbarten Zielen für nachhaltige Entwicklung für 2030 niedergeschlagen hat. Es wird aufgezeigt, dass die Leitperspektive zivile Konfliktbearbeitung in der friedensethischen Positionierung der EKD und der katholischen Kirche, verankert ist. Besonders prominent erwähnt sind hier neben der EKD-Denkschrift (2007) die ökumenische Erklärung des Weltkirchenrats zum gerechten Frieden (2011) und die Erklärung von Papst Franziskus zur Gewaltfreiheit (2017).

Einwände gegen den Umstieg zur zivilen Verteidigung wie „Terroristen wie der IS müssen militärisch bekämpft werden“ und „gegen Genozid lässt sich nur militärisch etwas ausrichten“ werden sehr ausführlich diskutiert und es werden zahlreiche Gegenargumente aufgeführt.

Eine wesentliche Rolle beim Umstieg zur zivilen Sicherheitspolitik spielt die Umschichtung von Finanzmitteln für Militär und Rüstung in zivile Bereiche. Die Fragen, wie dies umsetzbar ist und mit welchen Problemen hier zu rechnen ist, bedürfen der weiteren Vertiefung. Sie werden im Szenario letztlich nur berührt. Es wird am Schluss aufgelistet, in welche Bereiche bis 2040 dann insgesamt 74 Mrd. Euro jährlich fließen können und zur zivilen Sicherheit und nachhaltigen Entwicklung Deutschlands beitragen. Auch wird zumindest angedeutet, dass die Konversion der Waffenproduktion, an der nur ca. 80.000 Arbeitsplätze in Deutschland hängen, möglich und volkswirtschaftlich vertretbar ist. Unklar ist jedoch, wie der Übergang der Bundeswehr ins THW, internationale Polizei, OSZE etc. technisch, logistisch und wirtschaftlich aussehen soll. Reichen am Schluss die vorgesehenen 5 Mrd. Euro für das THW und 6 Mrd. für die Pensionslasten der Bundeswehr? Ist der Transfer großer Summen in die Entwicklungshilfe so effektiv wie gewünscht angesichts der massiven Korruption in den Empfängerländern? Unklar bleibt auch, weshalb nun Österreich, Schweden und die Niederlande es schaffen zusammen mit Deutschland auszusteigen aus der militärischen Sicherung. Die politischen Signale in diesen Ländern deuten derzeit in eine andere Richtung. Das Positiv-Szenario lässt noch viele Fragen offen.

Was es leisten kann und will ist, Anstöße zu geben, konkret politisch umzudenken und die Fokussierung auf die zivile Sicherheitspolitik zu einem konkreten politischen Ziel zu machen. Das Szenario versteht sich als Anstoß für eine politische Bewegung, die von den Kirchen und der Zivilgesellschaft getragen wird. Das Ziel des Bundestagsbeschlusses 2025 zum Umstieg auf die zivile Friedenssicherung ist konkret und Schritte in diese Richtung werden aufgezeigt. Die Unterstützung des Szenarios durch die badische Landessynode wird als ein erster konkreter Schritt ins Auge gefasst. Ausgehend davon wird ein zivilgesellschaftliches Netzwerk in ganz Deutschland angestrebt, dessen Forderungen dann auch in den Parteien und im Bundestag Resonanz finden und aufgegriffen werden. Dies ist eine sehr interessante Perspektive. Das Szenario will das Anliegen der zivilen Sicherheitspolitik in die Mitte der Gesellschaft tragen und sie nicht nur der relativ kleinen Gruppe von Pazifisten überlassen.

Das Trend- und das Negativszenario, die sich am Ende des Textes finden, machen deutlich, dass zivile Sicherheit nicht nur eine sinnvolle Option ist, sondern auf Dauer letztlich die einzig tragfähige Alternative zur Sicherung von Frieden und Wohlstand.

Das Trendszenario „Schleichende Militarisierung“ zeigt realistisch auf, wie die Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten zwischen Saudi-Arabien und dem Iran weiter eskalieren und gewaltsam geführt werden. Der Militäretat wird auf über 50 Mrd. Euro erhöht. Angesichts des wachsenden Terrorismus und von zunehmenden Flüchtlingswellen bekommt die Bundeswehr einen Auftrag zur Terrorismusbekämpfung im Inneren und engagiert sich vermehrt in Auslandseinsätzen. Infolge des

Klimawandels werden bis 2040 zunehmend mehr Länder unbewohnbar. In Europa kommen jährlich mehr als 1 Million Flüchtlinge an.

Das Negativszenario „Nahe am Abgrund“ schildert eine Entwicklung hin zu einer atomaren Konfrontation zwischen Russland und der NATO, einem neuen Ausbruch des Krieges im Irak und einer Fortsetzung in Syrien, einem enormen Anwachsen der Zahl der Kriegs-, Wirtschafts- und Klimaflüchtlinge in Europa auf zunächst 18 Mio bis über 30 Mio Personen, dem Anwachsen von Terrorakten, die mit der Militärisierung der Polizei und dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren und mit der Erklärung des Ausnahmezustands in Deutschland und anderen europäischen Ländern beantwortet werden. Bürgerwehren bilden sich. Der Militäretat steigt auf 90 Mrd. Euro und die Rüstungsexporte wachsen ungebremst.

Das Trend- und das Negativszenario sind nicht aus der Luft gegriffen. Die gegenwärtige Situation in Syrien zeigt, dass die Lage jetzt schon in kurzer Zeit eskalieren kann wie in der Kuba-Krise. Gerade diese Gefahr zeigt, dass es an der Zeit ist für eine Wende in der Sicherheitspolitik. Genau diese wird von dem vorgelegten Szenario beabsichtigt.